Der Kommunistische Genossenschafter

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD.

Scheuerkonzern betreibt Brotverteuerung

In den letzten Monaten ist die Teuerungswelle im Anwachsen begriffen. Die Weizen- und Mehlpreise sind um 25 bis 30 Prozent gestiegen. Die Großhandelspreise für Mehl, Butter und Fleisch sind beträchtlich in die Höhe geschnellt. Dabei hat die Koalitionsregierung die Absicht, die Weizen- und Mehlpreise noch mehr zu steigern. Auch der Roggenpreis soll noch weiter in die Höhe getrieben werden. Diese weitere Erhöhung der Roggenpreise ist vorgesehen, obwohl die Großagrarier angeblich 20 Prozent der diesjährigen Roggenernte „nicht verwerten können". Wie das „Magazin der Wirtschaft" feststellt, sollen 600 000 Tonnen Roggen vernichtet werden. Für diese Vernichtung des Roggens sind allein 120 Millionen Mark aufzubringen. Die Proletarier sollen also hungern und weiter verrecken und der Roggen vernichtet werden und verfaulen.

Die Getreidehandelsgesellschaft und der Scheuer-Konzern haben alles zur Erhöhung der Roggenpreise getan. Im „Berliner Tageblatt" vom 19. September wird über die Rolle des Scheuer-Konzerns in einem Artikel „Roggenstützung" folgendes berichtet:

„Der Scheuer-Konzern und die ihm bekanntlich recht nahestehende Preußenkasse haben lange vor der Ernte ihre Ansicht dahin präzisiert, daß sie versuchen wollten, die Landwirtschaft durch bessere und billigere Lombardierungsmöglichkeiten zu einer gewissen Zurückhaltung im Getreideverkauf unmittelbar nach der Ernte zu veranlassen. In einem gewissen Umfange ist ihnen das wohl auch gelungen ...."

Das Verhalten des Scheuer-Konzerns bei der Roggenpreiserhöhung ist von den Großagrariern zum Teil kritisiert worden. Die Deutschnationalen haben im Preußischen Landtag in einer Anfrage die Regierung interpelliert, ob der Scheuer-Konzern Maßnahmen zur Senkung der Roggenpreise durchgeführt habe. Gegen solche „ungeheuerlichen Vorwürfe" wendet sich die Regierung ganz entschieden. Sie erklärt in ihrer Antwort, daß der Scheuer-Konzern „durch starke Käufe an den deutschen Prompt- und Terminmärkten auf eine Stützung der abgleitenden deutschen Preise hingearbeitet" habe. Die Regierung bestätigt also offen, daß sich der Scheuer-Konzern für die Verteuerung des Brotes eingesetzt hat.

Die GEG. hat bekanntlich Aktien des Scheuer-Konzerns erworben und dafür zwei Vertreter im Aufsichtsrat des Konzerns. Die Arbeiterbank hat 15 Millionen Mark Gelder der Gewerkschaftsmitglieder für die Wucherpraxis des Scheuer-Konzerns gegeben. Schon bei dem Beitritt der GEG. zum Scheuer-Konzern haben wir darauf hingewiesen, daß die Aufgabe der SPD.-Führer im Konzern darin besteht, der Arbeiterschaft die Brotverteuerung politisch schmackhaft zu machen. Die letzte Transaktion des Scheuer-Konzerns hat sofort die völlige Bestätigung für unsere Auffassung erbracht. Aber auch die Mitverantwortung der reformistischen Genossenschafts- und Gewerkschaftsführer für die Roggenpreiserhöhung werden diese nicht ableugnen können. Die Genossenschaftspresse hat mit keinem Wort die unerhörte Wucherpraxis des Scheuer-Konzerns verurteilt. Ueberall müssen die Mitglieder mit diesem Verhalten der reformistischen Genossenschaftsführer schärfstens abrechnen und den rücksichtslosesten Kampf für den Austritt der GEG. aus dem Scheuer-Konzern führen. Die GEG. soll zu dem Scheuer-Konzern dieselbe Kampfstellung wie zu allen kapitalistischen Trusts beziehen und die Rolle des Scheuer-Konzerns als eines Instruments zur Brotverteuerung vor der Arbeiterschaft aufzeigen.

Die GEG. hat auch bereits mit dem schwedischen Zündholztrust, der gegenwärtig bereits 70 Prozent der deutschen Zündholzindustrie beherrscht, einen Friedensvertrag abgeschlossen. Jetzt wagt der schwedische Zündholztrust bereits einen weiteren Vorstoß und fordert auch ein deutsches Zündholzmonopol. Als „Gegenleistung" bietet er der Koalitionsregierung einen Kredit von 500 Millionen Mark an. Der Zweck dieses Vorstoßes des Trusts ist die Ausschaltung der russischen Zündhölzer von dem deutschen Markt. Die bürgerlichen Zeitungen haben bereits bestätigt, daß das schwedische Syndikat das deutsche Einfuhrmonopol erhalten soll und als erstes eine Erhöhung der Zündhölzer von 25 auf 30 Pfennig pro 10 Schachteln vorgesehen ist.

Die Genossenschaftsreformisten versuchen den Anschein zu erwecken, daß sie gegen eine Auslieferung des deutschen Zündholzmarktes an den schwedischen Trust seien. Der Friedensvertrag der GEG. mit dem Zündholztrust bedeutet bereits praktisch das Zugeständnis für ein Zündholzmonopol des schwedischen Trusts in Deutschland. Alles andere Geschwätz der reformistischen Bürokratie sind nur neue Manöver. Warum nehmen die Genossenschaftsreformisten nicht Stellung gegen Hilferding und gegen die sozialdemokratische Koalitionsregierung? Weil sie mit der Koalitionspolitik einverstanden sind, verzichten sie auf die Massenmobilisierung gegen die Hungerpolitik der Koalitionsregierung.

Zu der Roggenpreiserhöhung und der Verteuerung der Zündhölzer gesellen sich die in Vorbereitung befindlichen neuen Zollerhöhungen. Die „grüne Front" hat bereits die weiteren Ansprüche für die Verteuerung der Lebenshaltung angemeldet. Auch die Großindustriellen haben sich auf ihrer Düsseldorfer Tagung für das zu schaffende „Reform"programm den Forderungen der Großagrarier für die Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel, wie Getreide, Mehl, Brot, Fleisch, Kartoffeln, Butter usw. angeschlossen. Im handelspolitischen Ausschuß des Reichstages ist am 9. Oktober schon eine Erhöhung der Zölle auf Vieh und Rindfleisch beschlossen. Der Reichsernährungsminister Dietrich hat dabei die Erklärung abgegeben, daß die Koalitionsregierung mit einer neuen Zollvorlage vor den Ausschuß treten wird. Neue Zollerhöhungen sind also noch zu erwarten.

Die Genossenschaftsreformisten, die den Wucher des Scheuer-Konzerns unterstützen und sich für die Auslieferung des deutschen Zündholzmarktes an den schwedischen Trust einsetzen, haben auch nichts gegen die neuen Zollerhöhungen getan. Die Genossenschaftsmitglieder wurden nicht einmal über die Pläne der Großagrarier und Koalitionsregierung informiert. Nur auf den genossenschaftlichen Tagungen werden gelegentlich Scheinproteste gegen den Zollwucher beschlossen. Dies Verhalten der Genossenschaftsreformisten zeigt deutlich, daß sie an der Hungerpolitik der Koalitionsregierung beteiligt sind.

Die Arbeiterschaft muß den Kampf gegen die neue Teuerungswelle, die geplanten Zollerhöhungen und das Steuer-„Reformprogramm" von Hilferding organisieren. Durch zwischentarifliche Lohnbewegungen müssen sich die Arbeiter einen Ausgleich für die eingetretene Teuerung verschaffen. Die Konsumvereine haben die proletarische Pflicht, diese Kämpfe zu unterstützen. Sie müssen nicht nur am Kampf für die Hebung der Lebenshaltung der Werktätigen, sondern auch für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft und die Errichtung der proletarischen Diktatur teilnehmen.

Abrechnung am 17. November

Am 17. November sollen in vielen Städten und Dörfern die Werktätigen über ihre Beteiligung an der Kommunalwahl entscheiden. Seit Jahren stellt sich die SPD. mit der größten Demagogie als die „einzige Interessenvertreterin" der Konsumvereinsmitglieder hin. Für die sozialdemokratischen Genossenschaftsführer war schon immer trotz aller taktischen Manöver ihre „neutrale" Genossenschaftspolitik mit ihrer sozialdemokratischen Parteipolitik identisch.

Die SPD. hat nicht nur im Reichstag und in den einzelnen Landtagen, sondern auch in den Kommunalparlamenten auf alle Interessen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder gepfiffen. In den letzten Monaten lehnte die SPD. in Berlin und Hamburg Anträge der kommunistischen Stadtverordnetenfraktionen ab, da sie keine „Bevorzugung" der Konsumvereine wünsche. Die Großindustriellen und Großagrarier haben es immer sehr gut verstanden, Milliarden von Subventionen aus dem Staatssäckel zu erhalten, aber für die Arbeiterkonsumvereine ist schon die geringste Unterstützung eine „Bevorzugung", die die SPD. nicht mitmachen kann.

Die Opposition fordert den Beitritt aller Gemeinden zu den Konsumvereinen und die Lieferung aller Bedarfsgüter für die Krankenhäuser, Alters- und Kindererholungsheime, Volksküchen, Schulen usw., der Lehrmittel für die Volks-, Berufs- und Fortbildungsschulen, Auslieferung aller Sachleistungen der Gemeinden an bedürftige Einwohner durch die Konsumvereine.

Die Opposition fordert aber auch die Ueberlassung von Gemeindegrundstücken zur Errichtung genossenschaftlicher Häuser, die Bereitstellung von geeigneten Räumen in Gemeindehäusern und Einbau solcher in städtischen Siedlungen für Verteilungsstellen sowie die Befreiung der Konsumvereine von den Gemeindezuschlägen zur Gewerbe-, Grundvermögens-, Hauszins-, Schankkonzession- und sonstigen Gemeindesteuern.

Auch die freie Ueberlassung der im Besitz der Gemeinden befindlichen Plakatsäulen, Straßenbahnwagen, Verwaltungs-, Schul- und sonstigen Räumen für die genossenschaftliche Propaganda, die Aufnahme von Genossenschaftsvorträgen und des planmäßigen Unterrichts über die Rolle der Genossenschaften im proletarischen Befreiungskampf in die Lehrpläne der Fach-, Fortbildungs- und Volkshochschulen, die Führung dieser Schüler durch die genossenschaftlichen Betriebe, fordert die revolutionäre Opposition.

Um der sozialdemokratischen Koalitionspolitik keine Schwierigkeiten zu machen, lehnen die Sozialfaschisten die Verwirklichung dieser proletarischen Forderungen ab. Nur die KPD. vertritt rücksichtslos die Interessen aller Werktätigen und auch der proletarischen Genossenschaftsmitglieder. Deshalb müssen alle Genossenschaftsmitglieder am 17. November Abrechnung mit der SPD. halten und nur die Listen der KPD. wählen!

Die Genossenschaftsbürokratie finanziert kapitalistische Kommunen

Die Eigenmittel der Konsumvereine haben sich in den letzten Jahren wieder etwas vermehrt, und es stehen den Vereinen auch größere Summen von Spargeldern der Genossenschaftsmitglieder zur Verfügung. Die Aufgabe der Konsumvereine wäre, die Gelder für den Ausbau ihrer Einrichtungen und zur Unterstützung der Kämpfe des Proletariats zu verwenden.

Aber daran denkt die Genossenschaftsbürokratie nicht. Sie liiert sich mit kapitalistischen Trusts, wie mit dem Scheuer-Konzern, und stellt lieber Gelder für die Brotverteuerung zur Verfügung. In letzter Zeit sind auch eine Anzahl Konsumvereine dazu übergegangen, den kapitalistischen Kommunen Anleihen zu gewähren. Auch der Konsumverein Kiel soll eine halbe Million Mark für die Kommune zur Verfügung gestellt haben.

Ueberall müssen die Mitglieder diese „Anleihegeschäfte" aufdecken und dafür sorgen, daß keine Gelder der werktätigen Bevölkerung für die Aufrechterhaltung und Festigung des kapitalistischen Machtapparates verwendet werden.

Genossenschaftliche Solidarität

im Rohrlegerstreik

Vorbildliche Beispiele proletarischer Solidarität haben die Konsumvereine Merseburg, Limbach, Schwarzenberg und Halle im Rohrlegerstreik geliefert. Der wegen seiner Unterstützung im Arbeiterkampfe aus dem Zentralverband ausgeschlossene Konsumverein Merseburg hat 19 Zentner Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Die Konsumvereine Limbach und Schwarzenberg haben je 16 Zentner Lebensmittel, u. a. Weizenmehl, Zucker, Reis usw., an die kämpfenden Rohrleger gesandt. Die Belegschaft des Konsumvereins Halle stellte 500 Mark Unterstützung zur Verfügung.

Diese glänzenden Beispiele müssen ein Ansporn sein, die Unterstützungsaktion für die kämpfenden Rohrleger überall zu verstärken.

Wie| r:m reformistische Genossenschaftsführer in der Sowjetunion

Der Weißgardist Olberg und die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" haben allen reformistischen Führern den Ratschlag erteilt, nicht mehr nach der Sowjetunion zu reisen, sondern ihre Informationen über die USSR. nur noch aus weißgardistischen Informationsquellen zu schöpfen. Selbst für einzelne reformistischen Führer kann ja eine solche Reise nach der USSR. „schlimm" werden und unter dem überwältigenden Eindruck die Gefahr des Zugestehens von einzelnen Tatsachen eintreten.

Trotzdem hat im September wiederum eine Delegation des norwegischen Genossenschaftsverbandes die Sowjetunion besucht. Die „Kooperationaja Shisn" vom 20. September bringt einen Bericht über ein Interview, das die Delegation einem Redaktionsmitglied gewährte. Der Vorsitzende der Delegation, Johannson, erklärte u. a. wörtlich:

„Über den starken Eindruck habe auf uns jene Tatsache gemacht, daß die Macht im Lande in den Händen der Arbeiter liegt ... Ich muß [illegible] einen Ausdruck geben, die ich [illegible] der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Errungenschaften der USSR. empfunden habe. Ich hatte Gelegenheit, Rußland noch [illegible] zu besuchen und ich sah damals ein unbeschreiblich [illegible] Volk. Ich sehe jetzt ein vollkommen anderes, neues Leben!"

Der Sekretär der Delegation Stranli erklärte u. a. wörtlich:

„Es machte es für [illegible], daß die sozialpolitischen Bedürfnisse in der USSR. [illegible] günstiger [illegible] als die der kapitalistischen Länder ... Wir müssten so arbeiten, daß [illegible] ein Beweis, daß die Kooperation in der USSR. offenbar schon besser [illegible]. In Norwegen müssen wir es noch erreichen."

Diese Eingeständnisse der norwegischen reformistischen Genossenschaftsführer stehen in krassem Widerspruch zu den Berichten von Olberg.

Sozialfaschistische Vorstöße im Berliner Konsumverein

Nach der Nichtdurchführung der Vertreterwahlen im Januar 1929 sind die Reformisten sofort daran gegangen, ihre durch diesen sozialfaschistischen Gewaltakt vorübergehend gefestigte Position zur Festigung der Herrschaft der SPD. in der Konsumgenossenschaft auszunutzen. Die sozialdemokratische Funktionärversammlung der KGB. hat ein neues sozialfaschistisches Statut „beschlossen", das das Hamburger Musterstatut noch weit in den Schatten stellt. Auch noch das letzte spärliche Mitbestimmungsrecht, die Wahl der Vertreterversammlung durch die Mitglieder, wird nun noch geraubt. Nach dem früheren Dreiklassenwahlrecht führt die reformistische Bürokratie eine indirekte Wahl ein. Die Mitglieder sollen nur noch in jeder Verteilungsstelle Abgabestellendelegierte wählen dürfen, die „Wahl" der Generalversammlungsdelegierten soll von den zu Abteilungen zusammengefaßten Abgabestellendelegierten vorgenommen werden. Die reformistische Bürokratie hat jedoch die Zahl der Kandidaten für die Vorschlagslisten in den Abteilungen so hoch bemessen, daß überall nur eine, nämlich die sozialdemokratische Liste aufgestellt werden kann, die dann ohne Wahl angenommen wird. Die Reformisten, die heuchlerischerweise die Verhältniswahl für die Abgabestellendelegierten beibehalten, erreichen durch diesen Gaunerstreich, daß trotz des wachsenden Einflusses der revolutionären Opposition die Generalversammlung eine sozialdemokratische Funktionärversammlung bleibt. Als Kandidaten und Listenunterzeichner für die Vorschlagslisten können nur solche Mitglieder in Betracht kommen, die drei bzw. zwei Jahre der Genossenschaft angehören, in den letzten beiden Jahren bzw. im letzten Jahre den Durchschnittsumsatz der laufenden Mitglieder erreicht haben und den Geschäftsanteil voll bzw. ziemlich voll eingezahlt haben müssen. Damit werden die wirtschaftlich schwachen Mitglieder, die keinen Durchschnittsumsatz von über 500 Mark erreichen können, von dem Funktionärrecht ausgeschaltet und den Arbeiteraristokraten das Monopol auf die Führung der Genossenschaft eingeräumt. Für Teile der Mitgliedschaft wird selbst das formale Wahlrecht abgeschafft, so z. B. für diejenigen, die im letzten Jahre keine Einkaufskarte abgeliefert haben. Die im letzten Jahre der Genossenschaft neu beigetretenen Mitglieder müssen bei der Wahl erst einen Wahlausweis anfordern. Auch die Ausschlußbestimmungen sind verschärft worden. Diejenigen Abgabestellendelegierten oder Generalversammlungsvertreter, die die Interessen ihrer Mitglieder rücksichtslos vertreten, können jederzeit von den Reformisten von ihrem Amt enthoben werden. Die Komödie dieser „Wahl" soll nur alle drei Jahre noch vonstatten gehen.

Eine Reihe der statutarischen Bestimmungen steht selbst im Widerspruch zu dem reaktionären Genossenschaftsgesetz, so zum Beispiel die Benachteiligung bestimmter Mitglieder bei der Wahl als Kandidaten, der Raub des formalen Wahlrechtes für alle neueingetretenen Mitglieder usw. — aber was kümmern sich darum die Reformisten?

Die Sozialfaschisten wollen sich in der KGB. trotz des wachsenden Einflusses der revolutionären Opposition eine „Mehrheit" sichern, die nur durch solche sozialfaschistischen Terroraktionen geschaffen werden kann. Bei der letzten nach den statutarischen Bestimmungen durchgeführten Wahl im Jahre 1928 erhielt die Opposition bereits über ein Drittel aller abgegebenen Stimmen. Bei der starken Linksentwicklung der Arbeiterschaft stand der Kampf zwischen Reformisten und Opposition um die Beherrschung der Mehrheit der aktiven Mitglieder der KGB. schon jetzt auf der Tagesordnung.

Die Lange, Wittus und Konsorten haben jetzt wiederum ein neues Beispiel dafür geliefert, wie sie in ihrer Bedrängnis ihre demokratische Maske fallen lassen und sich als offene Sozialfaschisten zeigen. Dieser unerhörte Schandstreich der reformistischen Bürokratie hat unter den Berliner Genossenschaftsmitgliedern größte Empörung ausgelöst.

Druck: „Peuvag", Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft, Abteilung Freundschafts-Druckerei, Berlin S 14, Kleine Alexanderstraße 28.